NEWSLETTER N°20 - NOVEMBER 2026

Turning point

ETHOS-NEWSLETTER ZU GOVERNANCE UND NACHHALTIGKEIT



Das Wichtigste des Monats in 30 Sekunden

- **Edito:** Das eigentliche Risiko für Pensionskassen sind nicht ESG-Kriterien, sondern die extreme Konzentration der Indizes auf eine Handvoll Giganten der künstlichen Intelligenz (KI). Fast 80 Milliarden Franken an Schweizer Vorsorgegeldern dürften davon betroffen sein.
- **Klima:** Der Hitzesommer hat in Europas Städten rund 50'000 Todesopfer gefordert. Brüssel schlägt ein Gesetz zur Klimaresilienz vor, das sich auf einen Erwärmungspfad von 3 °C stützt.
- **Governance:** Das Bundesgericht bestätigt endgültig die Streichung der Boni von Kadermitarbeitenden der Credit Suisse. In den USA sinkt der Frauenanteil in den Verwaltungsräten erstmals seit über zehn Jahren.
- **Aktionariatsrechte:** Die Zahl der Aktionärsanträge in den USA sinkt um 15 %, während

die US-Börsenaufsicht SEC die Rule 14a-8 aufheben will.

- **Good News:** Die SEC schliesst ihre Untersuchung zu Climate Action 100+ ohne Massnahmen ab, Lula wird in Brasilien wiedergewählt, und junge Anlegerinnen und Anleger setzen klar auf eine ESG-orientierte Stimmrechtsausübung.
- **Zahl des Monats:** +112 % Greenwashing-Vorfälle in fünf Jahren.
- **Ethos:** Unterzeichnung von Erklärungen zu ethischer KI und zu Methan, neues Engagement Paper zur Steuerverantwortung und Mittagsgespräch zur Natur in der Governance am 23. November in Genf.

EDITORIAL : Das eigentliche Risiko ist nicht ESG

Während manche weiterhin glauben oder glauben machen wollen, dass die Berücksichtigung von ESG-Faktoren (Umwelt, Soziales und Governance) die Performance schmälert, bedroht ein anderes, weit realeres Gespenst die Finanzmärkte: die extreme Konzentration der Anlagen auf eine Handvoll Titel, die alle mit Technologie und künstlicher Intelligenz (KI) zusammenhängen. So machen die zehn Unternehmen mit der höchsten Marktkapitalisierung der Welt heute fast ein Drittel des Gesamtgewichts des MSCI World aus, eines Index, der wohlgemerkt über 1'200 Titel umfasst. Und das noch vor dem Börsengang der beiden Schwergewichte Anthropic und OpenAI.

Besser noch, oder schlimmer, je nach Sichtweise: Diese Konzentration betrifft auch die Schwellenländer. Nur sieben Titel, die ebenfalls mehr oder weniger eng mit KI verbunden sind, machen über 30 % des MSCI Emerging Markets aus.

Sollten sich diese Technologietitel als überbewertet erweisen, wie immer mehr Beobachterinnen und Beobachter vermuten, und eine Blase platzen, kann man sich die Auswirkungen auf die Finanzmärkte leicht vorstellen, mit oder ohne Superintelligenz. Das gilt insbesondere für die Pensionskassen, die, auch das sei in Erinnerung gerufen, aus Kostengründen und zur Verringerung des Tracking Errors immer häufiger in passive Fonds investieren, die lediglich die Indizes nachbilden.

Ende 2025 verwalteten die Schweizer Pensionskassen 1'350 Milliarden Franken, wovon fast 20 % in ausländischen Aktien angelegt waren (rund 270 Milliarden). Da ein Grossteil dieser Anlagen indexiert verwaltet wird, lässt sich schätzen, dass fast 80 Milliarden Franken (5.9 % der Guthaben der Versicherten des Landes) inzwischen in rund zehn Titeln mit Bezug zu KI und Halbleitern angelegt sind. Das Diversifikationsziel der indexierten Vermögensverwaltung wird damit nicht mehr erreicht.

Diese Konzentration wird zu einem Risiko, das in der Renditedebatte nicht ignoriert werden darf, zumal bei vielen Technologieunternehmen spezifische Governance-Risiken hinzukommen. Bei mehreren von ihnen konzentriert sich die Macht stark auf wenige Personen mit Milliardenvermögen, und die Aktionariatsrechte sind teilweise eingeschränkt, namentlich durch mehrere Kategorien von Aktien mit unterschiedlichen Stimmrechten oder gar durch Statutenbestimmungen, die den Rechtsweg ausschliessen.

Deshalb sind wir weiterhin überzeugt, dass ESG-Themen, allen voran die Governance, die Performance von Unternehmen und Portfolios beeinflussen. Langfristig ausgerichtete Investoren müssen Kurs halten, gerade in volatilen Zeiten.

Und die Vorstellung, nachhaltiges Investieren koste zwingend Rendite, ist gelinde gesagt falsch. Zahlreiche neuere empirische Studien zeigen im Gegenteil, dass die Berücksichtigung von ESG-Kriterien zu einem besseren Rendite-Risiko-Verhältnis der Anlagen beiträgt.

Heute werden Performance und Tracking Error oft verwechselt: Wer von seinem Referenzindex abweicht, schneidet nicht zwangsläufig schlechter ab. So führt der Ausschluss von Sektoren, die wir als nicht nachhaltig erachten, etwa fossile Energien oder Rüstung, nicht unbedingt zu einer schlechteren Performance, nicht einmal kurzfristig.

Für Investoren wie Pensionskassen zählt die lange Frist. Auch hier schneidet ein nachhaltiger Ansatz mindestens so gut ab wie der Markt. So übertrifft unser Ethos Swiss Corporate Governance Index (ESCGI), der die Unternehmen nach der Qualität ihrer Governance gewichtet, den SPI seit seiner Lancierung im Jahr 2017.

Über die eigenen Überzeugungen hinaus ermöglicht Nachhaltigkeit eine bessere Steuerung langfristiger Risiken, seien es Klima-, Regulierungs- oder Reputationsrisiken. Weltweit ist diese Risikosteuerung für grosse institutionelle Investoren denn auch ein zentraler Grund, nichtfinanzielle Kriterien zu berücksichtigen. Gemäss einer aktuellen Umfrage von Morgan Stanley nennen zwei Drittel der 600 befragten Asset Owners die Verringerung des Portfoliorisikos als eine ihrer Motivationen, gegenüber der Hälfte im Jahr 2025. Die wachsende Wesentlichkeit von Nachhaltigkeitsrisiken ist für sie sogar zum zweitwichtigsten Grund geworden, ihre nachhaltigen Allokationen zu erhöhen, gleich nach den Wachstumschancen. Das ist eine bemerkenswerte Veränderung gegenüber dem Vorjahr, als die finanzielle Performance und die bisherigen Ergebnisse im Vordergrund standen.



WICHTIGE NACHRICHTEN

Der Hitzesommer in Europa hat in den Städten des Kontinents rund 50'000 Todesopfer gefordert, so viele wie nie zuvor, und das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Europäischen Union (EU) zwischen April und September um rund 0.17 % geschmälert, also um fast 17 Milliarden

Euro. Dies berichtet Bloomberg in seinem täglichen Newsletter Green Daily. Die Zahl der Todesopfer stammt aus einer Studie von Forschenden des Imperial College London, die fast zwei Drittel dieser Todesfälle dem Klimawandel zuschreibt. Sie übertrifft die bisher tödlichsten Sommer deutlich (29'000 Tote im Jahr 2022 und 28'000 im Jahr 2003). Die wirtschaftlichen Folgen, die Bloomberg Economics geschätzt hat, sind zweieinhalbmal so hoch wie der durchschnittliche Verlust im vorangegangenen Jahrzehnt, mit einem Rückgang des BIP im zweiten Quartal um 0.2 % in Frankreich, 0.1 % in Deutschland und 0.05 % in Spanien. Von Mai bis September lagen die Durchschnittstemperaturen in Westeuropa fast 3 °C über dem Sommermittel der Jahre 1991 bis 2020, mit Spitzen von bis zu 12 °C darüber, was die Infrastruktur stark belastete.

Diese verheerende Bilanz drängt Brüssel zum Handeln. Gemäss einem Artikel von Responsible Investor hat die Europäische Kommission ein Gesetz zur Klimaresilienz vorgeschlagen, das die Mitgliedstaaten verpflichten würde, sich auf eine deutlich wärmere Zukunft vorzubereiten. So müssten sie ihre Politik und ihre Investitionen auf einen Referenzpfad von 3 °C Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts ausrichten und ihre Planung in einem einzigen nationalen Strategieplan bündeln. Das Ziel von 1.5 °C bleibe zwar die Priorität, doch wäre es unvorsichtig, sich nicht auf die von der Wissenschaft angekündigten Szenarien vorzubereiten, erklärte der EU-Klimakommissar. Für den Finanzsektor will die Kommission physische Risiken besser in Bewertung und Rechnungslegung integrieren und eine «Climate Insurance Alliance» schaffen, die bis 2028 Massnahmen zur Verringerung der Versicherungslücke vorschlagen soll.

Heiss her geht es auch im Bankensektor. In einem am 15. Oktober publizierten Urteil hat das Bundesgericht dem Bund (und nebenbei der UBS) recht gegeben und die Streichung oder Kürzung der Boni von rund 1'000 Kadermitarbeitenden der Credit Suisse nach deren Rettung durch die UBS im Jahr 2023 bestätigt. Es hob damit einen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts auf, das der Massnahme die gesetzliche Grundlage abgesprochen hatte. Für das Bundesgericht rechtfertigt der Umfang der staatlichen Hilfe (9 Milliarden Franken Verlustgarantie und 100 Milliarden Franken Ausfallgarantie), die Auszahlung übermässiger variabler Vergütungen zu verhindern, auch wenn die Hilfen inzwischen zurückgezahlt sind. Der Entscheid ist endgültig. Zur Erinnerung: Die Geschäftsleitung der Credit Suisse hatte ihre gesamte ausstehende variable Vergütung verloren, während die Boni der beiden darunterliegenden Kaderstufen um 50 % bzw. 25 % gekürzt worden waren.

Gemäss einer Umfrage des Beratungsunternehmens ERM stützen sich Investoren zur Beurteilung der ESG-Performance (Umwelt, Soziales und Governance) von Unternehmen zunehmend auf interne Ressourcen. Eigene Analysen und der Dialog mit den Unternehmen haben ESG-Ratings als wichtigste Informationsquellen abgelöst. Bei den Quellen, die für Anlageentscheide als nützlich gelten, liegen die Ratings nur noch auf Rang 7, während sie bei der vorangegangenen Umfrage 2023 noch an erster Stelle standen. Nur noch 31 % der befragten Investoren zählen sie zu ihren drei nützlichsten Quellen, gegenüber 53 % drei Jahre zuvor, weit hinter eigenen Analysen (54 %), Engagement (50 %) und den Nachhaltigkeitsberichten der Unternehmen (40 %). Die Ratings verschwinden deswegen nicht, ändern aber ihre Funktion: 61.5 % der Investoren nutzen sie als Ausgangspunkt für ihre internen Analysen und 59 % als Grundlage für den Dialog mit den Unternehmen.

Gemäss einer Studie von 50/50 Women on Boards ist der Frauenanteil in den Verwaltungsräten US-amerikanischer Unternehmen erstmals seit über einem Jahrzehnt gesunken: Im zweiten Quartal hielten Frauen 29.2 % der Sitze in den Unternehmen des Russell 3000, gegenüber 30.1 % ein Jahr zuvor. Am deutlichsten zeigt sich der Rückgang bei der Wahl neuer Mitglieder. Zwischen Juli 2025 und Juni 2026 nahmen die Unternehmen des Russell 3000 2'440 Ernennungen vor, 4.1 % mehr als im Vorjahr. Frauen erhielten davon nur 553, also 22.7 %, gegenüber 29.1 % im Jahr 2025 und 40 % im Jahr 2022. «Diese Studie ist ein Aufruf zum Handeln», erklärte die Direktorin von 50/50 Women on Boards. «Leistung ist die Norm, das Problem ist der Zugang. Deshalb gilt es, jene Gremien zu überzeugen, die über die Zusammensetzung der Verwaltungsräte entscheiden, insbesondere die Vorsitzenden der Nominations- und Governance-Ausschüsse, ihnen qualifizierte Profile vorzustellen und die Nachfolgeplanung zu stärken.» Von hier ist es nur ein kleiner Schritt zur Anti-Diversitäts-Politik der Trump-Regierung …

Allen Widerständen zum Trotz hat Kalifornien den letzten Schritt zur Verabschiedung seiner Regeln für die Klimaberichterstattung von Unternehmen vollzogen, wie ESG Today berichtet. Die am 12. Oktober genehmigte Verordnung des California Air Resources Board (CARB) ist noch am selben Tag in Kraft getreten. Die Frist für die ersten Berichte zu den Scope-1- und Scope-2-Emissionen ist damit definitiv auf den 10. November 2026 festgelegt. Das CARB hat den über 4'000 potenziell betroffenen Unternehmen umgehend ein Erinnerungsschreiben geschickt. Es geht um zwei Gesetze: Das Gesetz SB 253 verpflichtet in Kalifornien tätige Unternehmen mit einem Umsatz von über einer Milliarde US-Dollar, jährlich ihre Scope-1- und Scope-2-Emissionen offenzulegen und künftig auch jene ihrer Wertschöpfungskette (Scope 3). Das Gesetz SB 261 verlangt von Unternehmen mit einem Umsatz von über 500 Millionen US-Dollar einen Bericht über ihre klimabezogenen Finanzrisiken. Ende 2025 hat das Bundesberufungsgericht für den 9. Bezirk (Ninth Circuit) das Gesetz SB 261 jedoch bis zu einem Entscheid in der Sache ausgesetzt, nicht aber das Gesetz SB 253.

GOOD NEWS

Nach einer einjährigen Untersuchung konnte die US-Börsenaufsicht Securities and Exchange Commission (SEC) den Mitgliedern von «Climate Action 100+» letztlich nichts vorwerfen. Die Untersuchung sollte klären, ob die grossen Vermögensverwalter BlackRock, State Street und Vanguard ihre Stimmabgabe an der Generalversammlung (GV) 2021 von ExxonMobil koordiniert hatten, an der sie den aktivistischen Fonds Engine No. 1 unterstützten. Hätten sie gemeinsam gehandelt, hätten sie ihren Status als passive Investoren verlieren können, für den erleichterte Meldepflichten gelten.
In ihrem am 7. Oktober veröffentlichten Untersuchungsbericht verzichtet die SEC auf jegliche Zwangsmassnahmen, da sie keine Absprache bei der Stimmabgabe nachweisen konnte. Sie verbindet ihre Schlussfolgerungen jedoch mit einer Warnung für die GV-Saison 2027: Koordinierte Engagement-Initiativen könnten dazu führen, dass grosse passive Investoren eine «Gruppe» bilden. Eine solche müsste ihre kumulierten Beteiligungen ab 5 % offenlegen und unterstünde einem deutlich strengeren Melderegime. Diese Warnung passt zur Politik der Trump-Regierung und der SEC unter Paul Atkins, die den Einfluss des Aktionariats verringern wollen, wie auch das Vorhaben zeigt, die Rule 14a-8 aufzuheben (siehe weiter unten).

In Brasilien verschafft die Wiederwahl von Luiz Inácio Lula da Silva, der sich in der Stichwahl um das Präsidentenamt mit 51.8 % der Stimmen gegen den Konservativen Flávio Bolsonaro durchsetzte, dem Amazonasgebiet eine Atempause, wie Bloomberg in seinem Newsletter Green Daily festhält. Damit ist das Programm seines Gegners vom Tisch, der eine stärkere Erschliessung der Region und eine Lockerung der Umweltvorschriften befürwortete. Lula hat sich verpflichtet, die Nettoabholzung bis 2030 auf null zu senken, und ist weiterhin in der Lage, dieses Versprechen zu halten: Die Abholzung im Amazonasgebiet ist auf den tiefsten Stand seit Beginn der offiziellen Überwachung im Jahr 1988 gesunken.

Schliesslich setzen junge Anlegerinnen und Anleger klar auf eine ESG-orientierte Stimmrechtsausübung, wie die Daten 2026 des Programms «Investor Choice» von Vanguard zeigen. Es erlaubt den Anlegerinnen und Anlegern seiner Indexfonds, die Stimmrechtspolitik für ihre Aktien an Generalversammlungen selbst zu wählen. Gemäss einem Artikel von ESG Today wählen Junge und Frauen die ESG-Option deutlich häufiger als Ältere und Männer. Das Programm selbst gewinnt an Bedeutung: 2026 haben sich die berechtigten Vermögen auf rund 4'000 Milliarden US-Dollar vervierfacht, und die Zahl der Teilnehmenden hat sich auf 507'000 versechsfacht. Vanguard will das Programm 2027 auf alle Indexfonds für US-Aktien ausweiten, was berechtigten Vermögen von 8'000 Milliarden US-Dollar entspricht.



ENGAGEMENT UPDATE

Im Oktober haben die Ethos Stiftung, die Mitglieder des Ethos Engagement Pool International (EEP International) und die Kunden der Ethos Engagement Services die Investorenerklärung der «Collective Impact Coalition for Ethical AI» unterzeichnet. Die von der World Benchmarking Alliance (WBA) koordinierte Koalition vereint über 58 Investoren, die mehr als 11'000 Milliarden US-Dollar verwalten. Die Unterzeichnenden sind besorgt über den Rückstand der Branche: 62 % der von der WBA bewerteten

AKTUALITÄT ZU DEN GENERALVERSAMMLUNGEN

Gemäss einer von Governance Intelligence vorgestellten Studie von Georgeson ist die Zahl der Aktionärsanträge bei Unternehmen des Russell 3000 im Jahr 2026 um 15 % auf 718 gesunken, gegenüber 840 im Jahr 2025 und 1'000 im Jahr 2024. Am stärksten betroffen sind Umweltanträge (minus 39 %) und soziale Anträge (minus 36 %). Der Rückgang fällt mit dem Rückzug der SEC aus ihrer Rolle als Schiedsrichterin zusammen: Sie prüft Ausschlussgesuche der Unternehmen nicht mehr inhaltlich, sodass diese den Entscheid und das rechtliche Risiko nun allein tragen. Zwar ist die Zahl der Ausschlussgesuche gesunken (221 gegenüber 342), doch wurden wie im Vorjahr 29 % der Anträge ausgeschlossen. Da der Weg über die SEC wegfällt, wenden sich die antragstellenden Aktionärinnen und Aktionäre an die Gerichte: In dieser Saison wurden Ausschlüsse in mindestens sechs Verfahren angefochten, gegenüber weniger als 30 in 50 Jahren.

Technologieunternehmen haben noch immer keine Grundsätze zur künstlichen Intelligenz (KI) veröffentlicht, obwohl eine mangelhafte Governance die Unternehmen und damit ihr Aktionariat rechtlichen, regulatorischen und Reputationsrisiken aussetzt. Die Unterzeichnenden erwarten nun Grundsätze, die sich an internationalen Standards orientieren, eine klare Verantwortung von Geschäftsleitung und Verwaltungsrat, Verpflichtungen für den gesamten Lebenszyklus der KI sowie eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte.

Die Ethos Stiftung, die Mitglieder des EEP International und die Kunden der Ethos Engagement Services haben zudem eine von der Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC) koordinierte Investorenerklärung unterzeichnet, die erstmals im Oktober 2025 veröffentlicht und nun mit neuen Unterzeichnenden erneut lanciert wurde. Sie fordert die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, die EU-Methanverordnung (EU MER) unverändert beizubehalten, einschliesslich ihres Umsetzungszeitplans. Das Europäische Parlament hat jedoch den umgekehrten Weg eingeschlagen: Gemäss seiner Medienmitteilung hat es am 22. Oktober mit 341 zu 225 Stimmen beschlossen, die Überwachungs- und Meldepflichten für Importeure von Öl, Gas und Kohle um drei Jahre auf Mai 2031 zu verschieben, und nicht nur um ein Jahr, wie von der Kommission vorgeschlagen. Das Parlament muss den endgültigen Text nun mit dem Rat aushandeln. Für langfristig ausgerichtete Investoren bleibt die Senkung der Methanemissionen im Öl- und Gassektor einer der schnellsten und kostengünstigsten Hebel, um die Erwärmung kurzfristig zu begrenzen.

Gemäss einem (kostenpflichtigen) Artikel von Responsible Investor hat das Interfaith Center on Corporate Responsibility (ICCR) einen Investorenbrief lanciert, der US-Unternehmen auffordert, sich gegen die geplante Aufhebung der Rule 14a-8 zu stellen. Zudem ruft er sie auf, sich schon jetzt eigene Regeln zu geben, um Aktionärsanträge auch dann weiterhin zu traktandieren, wenn die Regel wegfallen sollte. Die Frage beschäftigt bereits die Generalversammlungen: Bei Procter & Gamble erhielt ein Antrag des National Legal and Policy Center (NLPC), der das Unternehmen aufforderte, die Kriterien der Rule 14a-8 weiterhin anzuwenden, 27 % der Stimmen. Norges Bank Investment Management (NBIM), die Verwalterin des norwegischen Staatsfonds, stimmte hingegen dagegen und verwies auf den konstruktiven Dialog mit dem Unternehmen und dessen öffentliche Zusagen. Das NLPC hat denselben Antrag auch bei Oracle eingereicht, das empfiehlt, ihn an der GV vom 18. November abzulehnen. Bei Microsoft zog das NLPC ihn hingegen zurück, nachdem sich das Unternehmen verpflichtet hatte, diese Praxis beizubehalten.





ZAHL DES MONATS

Um so viel haben die Greenwashing-Vorfälle in fünf Jahren zugenommen, wie ein Anfang Oktober veröffentlichter Bericht von RepRisk zeigt. In den zwölf Monaten bis Ende Juni 2026 wurden 1'594 Unternehmen damit in Verbindung gebracht, 28 % mehr als ein Jahr zuvor. Das Risiko erfasst inzwischen auch Tätigkeiten, die mit der Transition selbst zusammenhängen. Alternative Energien, Metalle, Bergbau, Informatik und Versorgungsunternehmen machen 29 % der Fälle aus, gegenüber 18 % im Jahr 2022, Öl und Gas noch 12 %, gegenüber 17 %. Zudem überholt die Biodiversität erstmals das Klima als Thema, das am häufigsten mit Greenwashing in Verbindung gebracht wird.



Credit: CalPERS

ZITAT DES MONATS

«*Wenn KI-Unternehmen die entscheidenden Weichenstellungen, die vor ihnen liegen, ohne echte Konsultation ihres Aktionariats vornehmen, werden es meiner Meinung nach beide Seiten bereuen*.» Diese Warnung äusserte **Prashant Yerramalli**, Chefjurist der kalifornischen Pensionskasse CalPERS und ehemaliger Stabschef der SEC, in einem am 16. Oktober in der Financial Times veröffentlichten Gastbeitrag. Darin kritisiert er das Vorhaben der SEC, die Rule 14a-8 aufzuheben, die kotierte Unternehmen verpflichtet, Aktionärsanträge, die bestimmte Kriterien erfüllen, zur Abstimmung zu bringen. Der Zeitpunkt könnte laut Yerramalli nicht schlechter gewählt sein, da die KI-Giganten ihren Börsengang vorbereiten und folgenschwere Fragen entscheiden müssen. Die Regel verkörpert für ihn den grundlegenden Pakt zwischen Investoren und Unternehmen: Wer beim Publikum Kapital aufnimmt, muss dem Aktionariat eine Stimme geben, auch gegen den Willen der Geschäftsleitung.

AKTUELLES BEI ETHOS

Die Ethos Stiftung war an der Konferenz Building Bridges, die Anfang Oktober in Genf stattfand, gut vertreten. Die Debatten drehten sich vor allem um Resilienz und Anpassung an den Klimawandel (der Hitzesommer lässt grüssen) sowie um Impact Investing. Die Teams von Ethos beteiligten sich aber auch an Panels zur wirtschaftlichen Ungleichheit und zum «Rentenparadox» (Pensions Paradox): Pensionskassen investieren die Ersparnisse ihrer Versicherten in Unternehmen, die womöglich genau jene Welt verschlechtern, in der diese Menschen ihren Ruhestand verbringen werden.

Seit 2018 ist Steuerverantwortung einer der Schwerpunkte des Engagements von Ethos bei kotierten Unternehmen. Aggressive Steueroptimierung setzt die Unternehmen und ihr Aktionariat nämlich erheblichen finanziellen und Reputationsrisiken aus. Acht Jahre nach der Festlegung von fünf Grundsätzen zur Steuerverantwortung hat Ethos deshalb am 29. Oktober eine aktualisierte Version ihres Engagement Papers veröffentlicht. Diese trägt den Entwicklungen bei der Regulierung und der Unternehmenspraxis sowie der wachsenden sozialen Ungleichheit Rechnung. Ethos plant zudem, die Praktiken der grössten kotierten Unternehmen der Schweiz in diesem Bereich zu beurteilen und bis Ende Jahr eine Studie zu veröffentlichen.

Unser Leiter Engagement, Matthias Narr, war am 15. Oktober an der Konferenz «PRI in Person 2026» der Principles for Responsible Investment (PRI) in Amsterdam. Er moderierte dort eine Debatte zu einer umstrittenen Frage: Müssen Investoren zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit wählen? Vor einem gespaltenen Publikum betonte er, dass die Antwort von der gewählten Definition, vom Zeithorizont, von der Branche und von der Ausgestaltung der Politik abhängt. Kurzfristig besteht oft tatsächlich ein Zielkonflikt, langfristig aber schwächt das Abwarten die Wettbewerbsfähigkeit. In der Stahl-, Zement- oder Chemieindustrie sind Ambition und regulatorische Planbarkeit entscheidend, um Investitionen auszulösen, während sich der Markt anderswo bereits bewegt. Er sieht darin ein Beispiel für die «Tragödie des Horizonts»: Klima- und soziale Risiken materialisieren sich jenseits der Wirtschafts- und Politikzyklen, während Pensionskassen Verpflichtungen über mehrere Jahrzehnte tragen. Es ist Aufgabe des Aktionariats, diese Lücke zu schliessen, indem es von den Verwaltungsräten wissen will, wie die Prioritäten von heute den Wert von morgen schützen.

Am 23. November organisieren die Ethos Stiftung und The Positive Project im Rahmen der Klimawoche der Stadt Genf gemeinsam ein Mittagsgespräch. Im Mittelpunkt stehen die Natur und der Platz, den man ihr in der Governance von Organisationen einräumen kann, angefangen bei den Verwaltungsräten von Unternehmen. Auf dem Programm stehen Kurzreferate, die die Perspektiven von Investoren, Rechtswissenschaft, Politik, Verwaltungsrat und Unternehmen zusammenbringen, ein konkreter Erfahrungsbericht sowie die Präsentation eines Whitepapers zur Vertretung der Natur in Unternehmen. Anschliessend simuliert ein Rollenspiel eine Verwaltungsratssitzung und spielt verschiedene Stufen der Einbindung der Natur durch, von der blossen Inspirationsquelle bis hin zum Status als Aktionärin. Die Teilnahme ist kostenlos, die Anmeldung erfolgt über diesen Link.

PRESSESPIEGEL

- Comment le reporting de durabilité influence l'investissement (L'Agefi, 15.10.26)
- Am Sunrise-Hauptsitz droht ein Kahlschlag – und künstliche Intelligenz spielt eine Schlüsselrolle (TagesAnzeiger, 11.10.26)
- Bei Lindt & Sprüngli sind die Aktionäre unzufrieden – aber die Allmacht von Ernst Tanner können sie nicht brechen (NZZ, 07.10.26)

- Building Bridges, ou la recherche de solutions financières au service du climat (RTS, 06.10.26)
- Face à une économie «arsenalisée», le conseil d'administration doit changer de doctrine (Le Temps, 01.10.26)

Abonnieren

Die **Ethos Stiftung** schliesst mehr als 250 schweizerische Pensionskassen und andere steuerbefreite Institutionen zusammen. Sie wurde 1997 zur Förderung einer nachhaltigen Anlagetätigkeit und eines stabilen und gesunden Wirtschaftsumfelds gegründet.

Das Unternehmen **Ethos Services** betreut Beratungsmandate für nachhaltige Anlagen. Ethos Services bietet nachhaltige Anlagefonds, Analysen von Generalversammlungen mit Stimmempfehlungen, Programme für den Aktionärsdialog mit Unternehmen sowie Nachhaltigkeits-Ratings und -Analysen von Unternehmen an. Ethos Services ist Eigentum der Ethos Stiftung und mehrerer Mitgliedsinstitutionen der Stiftung.